

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

38 (23.1.1897) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagsblatt.

Samstag, 23. Januar.

Mittagsblatt.

No. 38.

1897.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluss Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorabbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, den 22. Januar.

Eingegangen ist die Vorlage betreffend die Konversion der 4 proz. Anleihe. Fortsetzung der Etatsberatung, Tit. Forderungen für Untersuchungen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche.

Graf v. Stolberg (kons.): Er müsse den gestrigen Ausführungen des Abg. Freyden bespflichten, der eine Sperre für das einzige richtig Mittel gegen die Seuche nannte. Von dem Werthe der Quarantäne und ebenso von dem Werthe der im Inlande zu treffenden Maßnahmen habe er keine hohe Meinung.

Abg. Werner (D. Reformp.) spricht sich im Sinne der Abgg. Graf Stolberg und Freyden aus.

Abg. Gerstenberger (Ctr.) wünscht eine schärfere Ueberwachung der österreichischen Vieheinfuhr im Interesse Bayerns.

Preuss. Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Er und das Reichsamt des Zaneu seien völlig einig in dem Bestreben, unsern Viehstand immun zu halten. Wir müssen natürlich mit Rücksicht auf die fremden Staaten uns innerhalb gewisser Grenzen halten. Die Grenzsperrung macht unser Vieh nicht völlig seuchenfrei. Manche Seuchen entstehen auch im Inlande. Man glaubt, ein positives Mittel gegen die Seuche entdeckt zu haben. Die Untersuchung dürfte in wenigen Wochen abgeschlossen sein. Durch die geforderte sofortige Absperrung gegen Rußland würde die industrielle Bevölkerung unserer Grenzgebiete geschädigt werden. Ob uns die Befugnis zusteht, die Grenzen von Tirol, Vorarlberg, der Bukowina im allgemeinen zu sperren, wie im preussischen Abgeordnetenhaus jetzt beantragt ist, werden die Erwägungen ergeben. Wenn Abg. Gerstenberger eine Quarantäne Bayerns gegen Württemberg forderte, so bemerke ich, daß solche inländischen Quarantänen für Bundesstaaten gegen einander unzulässig sind.

Fehderfen (natl.) hält eine Sperre gegen Dänemark für unnützlich.

Wilpert (fraktionsl., Bauernbund) will die Sperre soweit als möglich ausdehnen.

Pachnik (Fr. Volksp.) ist gegen die extravaganten Wünsche der Reichsregierung. Die Regierung ist innerhalb der gesetzlichen Grenzen so scharf als thunlich vorgegangen.

v. Pöck (kons.): Die Sperremaßnahmen im Inlande allein nützen nichts; wir müssen vor allem vor der Einschleppung geschützt werden.

Abg. Dr. Hahn (fraktionslos) meint, auch in Schleswig-Holstein könne sich die Landwirtschaft genügend Jungvieh aus dem Inlande verschaffen, so daß eine Sperrung der dänischen Grenze wohl erfolgen könne, ohne der dortigen Landwirtschaft zu schaden. Eine zehntägige Quarantäne genüge nicht. Wenn dies bezüglich Englands nicht durchführbar sei, solle man die Quarantäne gegen England auf vier Wochen verlängern.

Landwirtschaftsminister v. Hammerstein betont nochmals, daß bezüglich der Bekämpfung der Viehseuchen zwischen den preussischen und den Reichsbehörden Divergenzen in keiner Weise bestehen. Redner weist darauf hin, daß für die Landwirtschaft direkt und indirekt, legislativ und auf dem Verwaltungswege in den letzten Jahren sehr viel gethan sei. Die Regierung werde auf diese Weise fortfahren und die gegebenen Versprechungen einlösen. Uebrigens aber schaden sich die Landwirthe selbst am meisten, wenn sie in ihren Eingaben die Verhältnisse nicht objektiv darstellen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) bemerkt, die erste Rede des Landwirtschaftsministers v. Hammerstein werde das ungetheilte Lob aller Beteiligten finden, aber die von ihm aufgeführten kleinen Mittel helfen der Landwirtschaft wenig. Bezüglich Dänemarks hätten wir freie Hand und auch nichts zu fürchten.

Graf Stolberg (kons.) hebt hervor, daß nur wenig Redner sich nicht für die Grenzsperrung ausgesprochen haben. Abg. Ulrich (Soz.) polemisiert gegen die Agrarier. Seine Ausführungen werden im Hause vielfach mit Heiterkeit aufgenommen.

Graf Drölla (nat.-lib.) führt aus, die Abwehr der Seuche durch eine Sperre gegen das Ausland widerspreche nicht freihändlerischen Anschauungen.

Abg. Lessing (Freis. Bp.) bemerkt, eine Sperre gegen das Ausland schade mehr, als wenn hier und da eine Seuche grassire. Das sage er, trotzdem er Landwirth sei. Im Interesse der Viehzucht sei die Einfuhr guten ausländischen Viehes gewünscht. (Unruhe rechts, Beifall links.)

In der weiteren Debatte betheiligen sich Gerstenberger (Centr.), v. Blöy (Bund der Landwirthe), Pachnik (Fr. Volksp.) und Ulrich (Soz.). Nachdem nach Hahn (fraktionslos) gesprochen, wird der Titel bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Reichsamts des Innern.

Morgen: Rest der heutigen Tagesordnung.
Schluß gegen 6 Uhr.

Vom Ausstand der Hafenarbeiter.

(Telegramm.)

Hamburg, 23. Jan. Die streikenden Hafenarbeiter und Seeleute richteten ein Schreiben an den Arbeitgeberverband, worin sie erklären, daß die Arbeitervertreter keineswegs beauftragt waren, die Entlassung aller neuen Arbeiter zu fordern. Diese Frage könnte aus den Verhandlungen ausgeschlossen werden, wenn die Arbeitgeber keine weiteren fremden Arbeiter heranziehen und versprechen, keine Maßnahmen vorzunehmen. Das Schreiben gibt zu, daß die Abstellung der Mißstände nicht in einigen Tagen durchzuführen sei, vertritt jedoch die Meinung, daß bezüglich der Lohnfrage und Regelung der Arbeitszeit schon in wenigen Tagen eine Verständigung sich erzielen lasse, und ersucht die Arbeitgeber sofort noch vor Wiederaufnahme der Arbeit mit den Arbeitern hierüber in Verhandlungen zu treten. Die Vertreter der Arbeiter seien überzeugt, daß die Arbeiter ohne solche Verhandlungen die Wiederaufnahme der Arbeit einmüthig ablehnen würden; sie erluchten daher die Arbeitgeber, mit ihren Vertretern zur Herbeiführung des Friedens zu berathen.

Parlamentarisches aus Oesterreich.

(Telegramm.)

Wien, 22. Jan. In der heutigen Schlußsitzung des Herrenhauses gelangten die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzentwürfe, betreffend Abschaffung des Zeitungstempels und Freigebung der Kolportage, sowie betreffend die Zeugnispflicht der Abgeordneten nicht mehr zur Verhandlung.

Wien, 22. Jan. Das Herrenhaus nahm nach kurzer Debatte, an welcher sich auch der Finanzminister betheiligte, das Budget-, das Finanz- und das Investitionsgesetz, sowie alle in den letzten drei Tagen von dem Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwürfe an. Hierauf verlas der Vizepräsident Graf Falkenberg ein Schreiben des Ministerpräsidenten, nach welchem das Abgeordnetenhaus durch kaiserliches Patent vom heutigen Tage aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Der Vizepräsident schloß hierauf die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Wien, 22. Jan. Im Klub der „Vereinigten Deutschen Linken“ erklärte der Obmann Graf Khevenburg, er sei entschlossen, aus dem politischen Leben zu scheiden. Der Klub sprach dem Obmann und dem ganzen Klubvorstande seine Anerkennung für die Geschäftsführung aus.

Wien, 22. Jan. Dem „Fremdenbl.“ zufolge wird der neue Reichsrath am 27. März zusammentreten. Die Neuwahlen beginnen am 9. März.

Die Anstände in den spanischen Kolonien.

(Telegramm.)

Madrid, 22. Jan. Nach Meldungen aus Manila hätten die Aufständischen bei einem belgischen Handelshause in Hongkong 30 000 Gewehre bestellt. Kriegsschiffe bewachten die Küste, um das Auslaufen derselben zu verhindern. Das Kriegsgericht habe 13 Aufständische, darunter Mitglieder der revolutionären Regierung, abgeurtheilt. Man behauptet, daß die Aufständischen mit Japan verhandelt hätten. Personen, die aus dem Rebellenlager bei Cavite kamen, behaupteten, die Aufständischen seien 70 000 Mann stark, von denen 7 000 gut bewaffnet seien. Dieselben errichteten verhängte Lager. Nach Mindanao sind sechs Kompagnien entsandt worden, da man eine Meuterei der eingeborenen Truppen befürchtet.

Nach einem Telegramm aus Havana befehlt General Weyler allen Befehlshabern, binnen einer Frist von drei Tagen alle Plantagen und Wohnhäuser in der Provinz Havana zu zerstören, um die Aufständischen durch Aushungerung zur Unterwerfung zu bringen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 23. Januar.

(Landes-Feuerwehr-Verein.) Das Präsidium des Landes-Feuerwehr-Vereins befindet sich nunmehr in Säckingen und ist damit auch das Sekretariat sowie die Kasse dahin verlegt worden. Der Vorsitzende ist Kommerzienrath Otto Ball, Kassier A. Müller-Degler, Säckingen, Sekretär F. Rätz-Säckingen. Alle dem Landesverein angehende Gelder und Briefe müssen nun an obige Adressen und nicht mehr nach Pforzheim gerichtet werden.

(Nationalliberale Partei.) Die „Bad. Nat.-Lib. Korreip.“ theilt mit, daß am 14. Januar unter der Leitung des Herrn Eckhard eine Sitzung des engeren Ausschusses der Partei stattfand, an der außer den Mitgliedern auch eine größere Anzahl Abgeordnete theilnehmen konnten. Außer einigen geschäftlichen Mittheilungen fand eine eingehende Aussprache über das vorläufige Ergebnis der in diesem Jahre bevorstehenden Kammerwahlen statt. Man war allseitig der Meinung, daß man sich einen guten Erfolg versprechen darf. Der Landesauschuß soll am Sonntag den 7. März in Karlsruhe zusammentreten.

(Sitzung der Strafkammer I) vom 21. Januar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Fiejer. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Erster Staatsanwalt Freiherr v. Dusch.

1. Eine Reihe von Diebstählen theils allein, theils in gemeinschaftlicher Ausführung verübten im Laufe des vorigen Jahres drei junge Burichen, der Schuhmacherlehrling Adam Düster von hier, der Buchbinderlehrling Adolf Kern aus Schallstadt und der Zwangszögling Georg Ciert aus Bammenthal. Vornehmlich führten sie Diebstähle in Geschäftstokalen hiesiger Geschäftsinhaber aus, indem sie entweder Waaren entwendeten oder in einem für sie günstigen Augenblicke die Ladenkasse plünderten. Sie entwendeten, was nur möglich war; Konfekt, Spazierstöck, Buch, 12 Stahlfederbüchsen, Typen, eine goldene Herrenuhr, eine silberne Uhr, Blumenvasen, Geldbeträge in Höhe von 12, 22, und 6 M. Die Angeklagten wurden nach Maßgabe des heutigen Beweisergebnisses verurtheilt: Düster und Kern zu je 1 Jahr, Ciert zu 6 Wochen Gefängnis.

In der Anlagensache gegen Karl Meyer aus Darmstadt wegen Urkundenfälschung erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Manheim, 23. Jan. Professor Arthur v. Kirchenheim von Heidelberg stand heute nochmals vor der Strafkammer, um sich wegen der in der Entmündigungssache der Witwe Witt begangenen Beleidigung des Oberamtsrichters Dr. Sautier in Mosbach zu verantworten. Bekanntlich hatte die erste Verhandlung bereits im Juni v. J. stattgefunden. Kirchenheim wurde damals wegen Beleidigung des Oberamtsrichters Dr. Sautier, sowie badischer Justizbehörden zu 400 M. Geldstrafe verurtheilt. v. Kirchenheim legte Revision ein, welcher das Reichsgericht theilweise stattgab, indem es die Sache, soweit die Beleidigung des Oberamtsrichters Dr. Sautier in Betracht kommt, zur nochmaligen Verhandlung zurückerwies, während bezüglich der Beleidigung badischer Justizbehörden die Verurtheilung mit 200 M. rechtskräftig wurde. In der heutigen Verhandlung verurtheilte das Gericht den Angeklagten neuerdings zu der früheren Geldstrafe von 200 M.

Lahr, 22. Jan. In der heutigen fast vollzähligen Bürgerausschusssitzung wurde, nach einem Ertragsblatt der „Lahrer Zeitung“, in namentlicher Abstimmung einstimmig beschlossen, für Garnisonwede ein Anlehen bis zur Höhe von 2 300 000 Mark aufzunehmen. Weiter wurde der Betrag mit der Militärbehörde und der Ankauf der Grundstücke für die Kasernen am Stumpfenlande einstimmig genehmigt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Gotha, 22. Jan. Der regierende Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha wird an der hiesigen Kaisergeburtstagsfeier theilnehmen und alsdann den kaiserlichen Statthalter Fürsten Hohenlohe-Langenburg in Straßburg besuchen.

Wien, 22. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Nachmittag den Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski, in längerer Audienz.

Budapest, 22. Jan. In Anina ist laut Telegramm der „Krf. Ztg.“ jetzt vollkommen Ruhe wieder eingelehrt. Der heutigen Lohnauszahlung werden starke Militärabtheilungen beizubringen. Von den Verletzten ist neuerdings wieder einer gestorben.

Paris, 22. Jan. Der Heeresauschuß hat den vom General Billot eingebrachten Gesetzentwurf über Schaffung vierter Bataillone bei den Infanterieregimentern angenommen.

Paris, 22. Jan. Das Uebereinkommen der französischen und der italienischen Regierung betreffend Tunis ist unterzeichnet worden.

London, 22. Jan. Dem Reuterschen Bureau wird aus Suakin vom 20. d. Mts. gemeldet, daß Osman Digma von Umdurma zurückgekehrt sei und demnächst bei Sirtak erwartet werde. Die Dervische ziehen in der Richtung auf Lokar.

London, 22. Jan. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Sansibar wäre die Nachricht von der lebensgefährlichen Erkrankung des Sultans von Sansibar unrichtig und beruhte auf unbegründeten Gerüchten. Der Sultan soll sich vollkommen wohl befinden.

London, 22. Jan. Wie dem Reuterschen Bureau aus Buenos-Aires gemeldet wird, hätte sich Finanzminister Escalante in einer Privatunterredung gegen den Plan des früheren Ministers Romero, betreffend die Unifizierung der argentinischen Anleihen, ausgesprochen.

London, 23. Jan. Ein weiteres, gestern im Parlament vertheiltes Blaibuch enthält Depeschen von Dezember 1895 bis August 1896, und zwar hauptsächlich Berichte der Konsole in Kleinasien über die dortigen Meutereien und die allgemeine Lage der Armenier, sowie Einzelheiten über den Feldzug nach dem Hawran im Juni 1896. Ferner veröffentlicht das Blaibuch ein von Herbert an Salisbury übermitteltes Schreiben des Sultans, worin sich dieser bitter über die Unterstützung der Armenier durch England beschwert.

Rom, 22. Jan. Eine Note der „Agenzia Stefani“ erklärte die wiederholt aufgetauchten Gerüchte für unbegründet, nach welchen der Gouverneur der ertrichäischen Kolonie vor einigen Monaten eine Verstärkung von 6 Bataillonen verlangt hätte, was die Regierung jedoch abgelehnt haben soll. Die Erwägungen der Regierung bezüglich der Entsendungen von Verstärkungen nach der Erythraa hätten sich auf gewisse Maß-

